

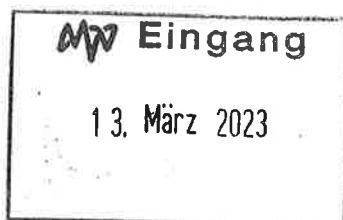
**Staatliches Amt  
für Landwirtschaft und Umwelt  
Westmecklenburg**



StALU Westmecklenburg  
Bleicherufer 13, 19053 Schwerin

**Mit Zustellungsurkunde**

MVV Windenergie GmbH  
Luisenring 49  
68159 Mannheim



Telefon: 0385 / 588 66-551  
Telefax: 0385 / 588 66-572  
E-Mail: [sandra.jahn@staluwm.mv-regierung.de](mailto:sandra.jahn@staluwm.mv-regierung.de)  
Bearbeitet von: Frau Jahn

AZ: StAUN SN 410a-5712.0.106-60062  
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Schwerin, 2. März 2023

## **Immissionsschutzrechtlicher Bescheid**

**nach § 15 BImSchG  
über die Änderung von 8 Windkraftanlagen (WKA)  
(„Plauerhagen I“)**

**„Plauerhagen I: Installation einer bedarfsgesteuerten  
Nachtkennzeichnung“**

**Hausanschrift:**

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg  
Bleicherufer 13  
19053 Schwerin

Telefon: 0385 / 588 66 - 000

Telefax: 0385 / 588 66 - 570

E-Mail: [poststelle@staluwm.mv-regierung.de](mailto:poststelle@staluwm.mv-regierung.de)

**Allgemeine Datenschutzinformation:**

Der Kontakt mit dem StALU Westmecklenburg ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage: Art. 6 (1) e DSGVO i.V.m. § 4 (1) DSG M-V). Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.stalu-mv.de/Service/Datenschutz/](http://www.stalu-mv.de/Service/Datenschutz/).



**A. Entscheidung**

1. Die mit Schreiben der eno energy GmbH in Vollmacht der MVV Windenergie GmbH vom 10. Februar 2023 (Eingang per E-Mail am 10. Februar 2023, Posteingang 22. Februar 2023) nach § 15 BImSchG angezeigte Änderung der genehmigten Windkraftanlagen (WKA) am Standort

19395 Barkhagen, Gemarkung Plauerhagen mit den Standortkoordinaten<sup>1</sup>

Bezeichnung	Flur	Flurstück	Rechtswert	Hochwert
WEA 1	1	34	33316297	5931964
WEA 2	1	34	33316357	5931726
WEA 3	1	42	33316418	5931490
WEA 4	1	44	33316479	5931254
WEA 5	2	41/8	33316539	5931018
WEA 6	1	44	33316266	5931128
WEA 7	2	43	33316599	5930781
WEA 8	2	41/8	33316284	5930839

durch Nachrüstung der WKA mit einem transponderbasierten System zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung (BNK)

**bedarf keiner Genehmigung nach § 16 BImSchG.**

2. Dieser Bescheid ist gebührenpflichtig. Sie tragen die Kosten des Verfahrens. Es wird eine Gebühr in Höhe von

**3.100,00 €**

festgesetzt. Auslagen werden nicht erhoben.

Bitte überweisen Sie den o.g. Betrag unter Angabe des u.g. Kassenzzeichens bis zum **31. März 2023** auf folgende Bankverbindung:

Empfänger:	Landeszentralkasse M-V
IBAN:	DE26 1300 0000 0014 0015 18
BIC:	MARKDEF1130
Bank:	Bundesbank Filiale Rostock
Kassenzzeichen:	<b>6986 2300 0453 9</b>

<sup>1</sup> Bezugssystem ETRS 89 – UTM Koordinate Zone 33.  
Seite 2 von 6

## B. Begründung

### 1. Feststellung

Gemäß § 15 Abs. 1 BImSchG ist die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes einer genehmigungsbedürftigen Anlage, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, der zuständigen Behörde schriftlich anzuzeigen, wenn sich die Änderung auf die in § 1 BImSchG genannten Schutzgüter auswirken kann. Dieser Verpflichtung sind Sie mit o. g. Anzeige nachgekommen.

Die Zuständigkeit des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg als Genehmigungsbehörde ergibt sich aus § 3 Nr. 2 j ImmSchZustLVO M-V in Verbindung mit § 4 sowie § 3 Abs. 1 LwUmwUBehV M-V.

Gemäß § 15 Abs. 2 BImSchG hat die zuständige Behörde unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats nach Eingang der o. g. Anzeige und der erforderlichen Unterlagen zu prüfen, ob die Änderung einer Genehmigung bedarf. Die Unterlagen waren hierfür zum 10. Februar 2023 als vollständig anzusehen.

Die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebes einer genehmigungsbedürftigen Anlage bedarf gemäß § 16 Abs. 1 Satz 1 BImSchG der Genehmigung, wenn durch die Änderung nachteilige Auswirkungen hervorgerufen werden können und diese für die Prüfung nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG erheblich sein können. Eine Genehmigung ist nach § 16 Abs. 1 Satz 2 BImSchG nicht erforderlich, wenn durch die Änderung hervorgerufene nachteilige Auswirkungen offensichtlich gering sind und die Erfüllung der sich aus § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG ergebenden Anforderungen sichergestellt ist.

Da die Prüfung der von Ihnen eingereichten Unterlagen ergeben hat, dass von der angezeigten Änderung keine nachteiligen Auswirkungen hervorgerufen werden können, die für die Prüfung nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG erheblich sein können, war festzustellen, dass die Änderung keiner Genehmigung bedarf.

Maßgeblich hierbei war insbesondere, dass durch die Nachrüstung (Installation) der WKA mit einem System zur bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung keine nachteiligen Auswirkungen bezüglich der von den WKA ausgehenden Schall- und Schattenemissionen hervorgerufen werden. Durch Vorlage des Zertifikats zur Baumusterprüfung des BNK-Systems durch die airsight GmbH wird die Sicherheit des Luftverkehrs auch nach der Installation des BNK-Systems der Lathan Safe Sky GmbH (Modell STHD 4.0) weiterhin gewährleistet. Darüber hinaus trägt der Einsatz eines BNK-Systems an WKA maßgeblich zur Reduktion der nächtlichen von den Anlagen ausgehenden Lichtemissionen bei.

Bei dieser Entscheidung wurden ausschließlich die in § 16 Abs. 1 BImSchG genannten Voraussetzungen geprüft. Ob Genehmigungen oder andere behördliche Entscheidungen anderer Fachbehörden für die angezeigte Änderung erforderlich sind, war nicht Gegenstand der immissionsschutzrechtlichen Prüfung. Dieser Bescheid entbindet den Anlagenbetreiber nicht von seiner Pflicht, andere möglicherweise erforderliche Entscheidungen von den dafür zuständigen Behörden einzuholen. Hierzu zählt auch die Durchführung einer standortbezogenen Prüfung sowie die damit verbundene Einholung der Zustimmung des Ministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern als oberste Luftfahrtbehörde.

### 2. Kostenentscheidung

Die Entscheidung über Ihre Anzeige nach § 15 BImSchG ist gemäß § 2 VwKostG M-V i.V.m. der ImmSchKostVO M-V in der derzeit gültigen Fassung gebührenpflichtig.

Nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 VwKostG M-V ist zur Zahlung der Verwaltungskosten



verpflichtet, wer die Amtshandlung veranlasst oder zu wessen Gunsten sie vorgenommen wurde. Sie haben die Prüfung der Genehmigungsbedürftigkeit durch Ihre Änderungsanzeige veranlasst und sind daher zur Zahlung verpflichtet.

Nach Tarifstelle 2.5.4 Buchst. b des Gebührenverzeichnisses der ImmSchKostVO M-V ist für die Prüfung einer Anzeige über die Änderung einer Anlage nach § 15 Abs. 2 Satz 1 BImSchG eine Rahmengebühr von 150 bis 3.100 € vorgesehen, sofern sich die Änderung ausschließlich auf die Betriebsweise der Anlage bezieht.

Aus dem sich aus Tarifstelle 2.5.4 b) ergebenden Gebührenrahmen war die festzusetzende Gebühr nach § 9 Abs. 1 S. 1 VwKostG M-V unter Berücksichtigung des entstandenen Verwaltungsaufwandes sowie der Bedeutung, des wirtschaftlichen Wertes oder sonstigen Nutzens der Amtshandlung für die Genehmigungsinhaberin zu bestimmen.

Der Verwaltungsaufwand für den Erlass dieses Genehmigungsbescheids ist im Vergleich zum deutlich höheren Aufwand im Genehmigungsverfahren nach § 4 BImSchG gering, aber nicht zu vernachlässigen. Die Antragsunterlagen waren einfach und vollständig. Gleichwohl war eine intensive Auseinandersetzung mit dem Antragsgegenstand, hier die nachträgliche Umsetzung einer BNK, erforderlich.

Im vorliegenden Fall besteht die Bedeutung bzw. der Nutzen der Amtshandlung für die Genehmigungsinhaberin darin, dass sie der vorgeschriebenen Verpflichtung zur Umsetzung einer BNK an Land befindlicher WKA, die nach Vorgaben des Luftverkehrsrechts zur einer Nachtkennzeichnung verpflichtet sind, gem. § 9 Abs. 8 EEG nachkommt.

Die Gebühr wird nach u. g. Tarifstelle des zweiten Teils der ImmSchKostVO M-V i.V.m. §§ 9 und 10 VwKostG M-V wie folgt festgesetzt:

Gebühr gemäß Tarifstelle 2.5.4 b) * je WKA	418,00 EUR
für die Prüfung einer Anzeige nach § 15 Abs. 2 S. 1 BImSchG	

---

Gesamtgebühr für 8 WKA	<b>3.100,00 EUR</b>
------------------------	---------------------

*\*Bei der Ermittlung der Gebühr nach Tarifstelle 2.5.4 b) wurde der mit der Amtshandlung verbundene Verwaltungsaufwand sowie der wirtschaftliche Nutzen berücksichtigt.*

Im Verhältnis von Nutzen zu Verwaltungsaufwand war daher die Gebühr gem. Tarifstelle 2.5.4 b) im unteren Bereich auf den Wert von 418,00 EUR je Anlage (WKA) des Gebührenrahmens festzusetzen. Eine Gebühr von 418,00 EUR entspricht dem Verwaltungsaufwand sowie dem Nutzen für die Genehmigungsinhaberin und ist daher angemessen.

Aufgrund der maximalen Gebühr des Gebührenrahmens gem. Tarifstelle 2.5.4 b) beläuft sich die Gesamtgebühr für 8 WKA auf 3.100 EUR.

Auslagen in Sinne des § 10 Abs. 1 VwKostG M-V sind nicht entstanden.



### C. Hinweise

1. Im Rahmen dieses Bescheides wurden lediglich immissionsschutzrechtliche Belange geprüft, eine Konzentrationswirkung nach § 13 BImSchG ist damit nicht verbunden. An dieser Stelle soll insbesondere auf die Zustimmung des Ministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern als oberste Luftfahrtbehörde hingewiesen werden.
2. Das Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit Mecklenburg-Vorpommern sowie das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr erhält eine Kopie dieses Bescheides nach § 15 BImSchG zur Kenntnis.
3. Dieser Bescheid stellt keine Genehmigung dar. Andere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen sind daher durch Sie gesondert bei den jeweils zuständigen Behörden zu beantragen.
4. Die Änderung der angezeigten Maßnahme bedarf einer erneuten Prüfung und ist mir somit ebenfalls anzuzeigen.
5. Dieser Bescheid ist den Genehmigungsunterlagen beizufügen. Die Festsetzungen bisheriger Bescheide bleiben durch diese Anzeige unberührt.
6. Auch bei Erhebung eines Widerspruches oder Einlegung einer Klage bleiben Sie gemäß § 80 Absatz 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der derzeit gültigen Fassung zur Zahlung der o. a. Kosten verpflichtet.
7. Werden bis zum Ablauf eines Monats nach dem Fälligkeitstag Verwaltungsgebühren oder Auslagen nicht entrichtet, kann für jeden angefangenen Monat der Säumniszuschlag von eins vom Hundert des rückständigen Betrages erhoben werden, wenn dieser 50 Euro übersteigt. (§ 18 Abs. 1 VwKostG M-V)



#### D. Rechtsgrundlagen

Die nachfolgend aufgeführten Vorschriften wurden in der zum Zeitpunkt des Erlasses dieses Bescheides geltenden Fassung angewandt, soweit nicht eine andere Fassung ausdrücklich benannt ist.

BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
EEG	Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)
ImmSchKostVO M-V	Kostenverordnung für Amtshandlungen beim Vollzug der Immissionsschutzgesetze und ihrer Durchführungsverordnungen (Immissionsschutz-Kostenverordnung M-V)
ImmSchZustLVO M-V	Landesverordnung über die Zuständigkeit der Immissionsschutzbehörden (Immissionsschutz-Zuständigkeitslandesverordnung M-V)
LwUmwuLBehV M-V	Landesverordnung über die Errichtung von unteren Landesbehörden der Landwirtschafts- und Umweltverwaltung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwKostG M-V	Verwaltungskostengesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesverwaltungskostengesetz M-V)

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin, einzulegen.

Ohne Durchführung des Vorverfahrens nach § 68 VwGO kann durch den Antragsteller innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides Klage beim Obergerverwaltungsgericht Greifswald, Domstraße 7, 17489 Greifswald, erhoben werden.

Gegen die Kostenentscheidung dieses Bescheides kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe gesondert Widerspruch beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg, Bleicherufer 13, 19053 Schwerin, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Marlen Böckers